

# S I D

Society for International Development



Chapter Bonn

## **Perspektiven der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit China**

Dr. Peter Wolff, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und die zunehmende Wahrnehmung Chinas als zukünftige Weltmacht erfordert eine Neubestimmung der deutsch-chinesischen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. China ist nach den gängigen Definitionen weiterhin ein Entwicklungsland. Aus dem wachsenden Einfluß Chinas auf die Entwicklungen in Asien und in der Welt und aus der Verdichtung der Kooperationsbeziehungen auf vielen Feldern der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit ergeben sich neue Herausforderungen, aber auch neue Möglichkeiten für die EZ.

Deutschland hat ein Interesse daran, dass China politisch, wirtschaftlich und ökologisch einen nachhaltigeren Entwicklungspfad einschlägt und sich in konstruktiver Weise an der Lösung von Weltproblemen beteiligt. Deutschland hat aber auch spezifische bilaterale Interessen, vor allem im wirtschaftlichen und im wissenschaftlich-technologischen Bereich, die wichtiger werden, je mehr sich China als ebenbürtiger Wirtschaftspartner und Konkurrent profiliert. Die Entwicklungszusammenarbeit hat in mehr als zwanzig Jahren der Kooperation mit China Vertrauen erworben und ein dichtes personelles und institutionelles Netzwerk geschaffen, welches auch zukünftig genutzt werden sollte, um sowohl das Interesse an einer nachhaltigeren Entwicklung Chinas als auch die spezifischen bilateralen Interessen Deutschlands gegenüber China zum Tragen zu bringen.

China steht vor gewaltigen Herausforderungen: Sein einseitig auf wirtschaftliches Wachstum orientiertes Entwicklungsmodell nachhaltiger zu gestalten. Mit einer veränderten Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen die wachsenden sozialen und regionalen Disparitäten gemindert werden. Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Förderung ärmerer Regionen kann auch dazu beitragen, den Binnenmarkt besser zu erschließen und die Überschüsse in der Handels- und Kapitalbilanz abzubauen. Die chinesische Umweltpolitik muss im nationalen und im internationalen Interesse den hohen Ressourcenverbrauch in Bezug auf Wasser, Energie, Boden und Luft drastisch senken. Die geringe Effizienz der Energieerzeugung, der industriellen Prozesse und des privaten Energieverbrauchs hat negative Auswirkungen auf das Weltklima. Aus dem chinesischen Demokratiedefizit und der mangelnden Beachtung der Menschenrechte ergeben sich trotz wachsender individueller Freiheiten und einer beginnenden Einbeziehung der Zivilgesellschaft in politische Prozesse Risiken für die interne wie auch für die internationale Entwicklung.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch in der Regional- und der Umweltpolitik hat die neue chinesische Führung Korrekturen eingeleitet, die ein höheres Maß an sozialer Kohäsion und geringere Steigerungsraten des Ressourcenverbrauchs versprechen. Deutschland kann China dabei unterstützen, diese Korrekturen zügig umzusetzen. Neben der wirtschaftlichen,

der wissenschaftlichen und der umweltpolitischen Zusammenarbeit kann die EZ durch eine konsequente Orientierung an den für den Reformprozess zentralen Handlungsfeldern wichtige Beiträge leisten, die umso effektiver sein werden, je mehr die Synergiepotenziale mit anderen Ressorts und der Wirtschaft genutzt werden.

Die Instrumente und die Modalitäten der EZ mit China müssen sich an die gestiegene Leistungsfähigkeit Chinas und an den gewandelten Bedarf anpassen. Kooperation auf Augenhöhe bedeutet höhere Eigenleistungen der chinesischen Seite und eine gemeinsame Programmplanung in den vereinbarten Handlungsfeldern. In der Technischen Zusammenarbeit (TZ) geht es weniger um die Vermittlung von Know-how als um die Organisation von Lern- und Dialogprozessen, auch in Zusammenarbeit mit deutschen Fachinstitutionen. Die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) sollte trotz der gewachsenen chinesischen Kapazität zur Selbstfinanzierung weitergeführt werden, um auch zukünftig die Möglichkeit zu haben, Modellvorhaben zu fördern, insbesondere im Umweltbereich, die aus deutscher Sicht besonders geeignet sind, um globale Umweltziele zu erreichen.

Chinas Rolle als Wirtschaftspartner von Entwicklungsländern und als Geber von Entwicklungshilfe wird in jüngerer Zeit öffentlich verstärkt wahrgenommen und mit zunehmendem Argwohn betrachtet. Insbesondere die aktive Politik der Rohstoffsicherung Chinas in Entwicklungsländern droht – so wird befürchtet – die Bemühungen der Gebergemeinschaft zur Förderung von *good governance* in Entwicklungsländern zu untergraben. Die deutsche EZ sollte aktiv dazu beitragen, China in die internationalen Dialoge der Gebergemeinschaft über angemessene Wege und *good practices* der EZ einzubeziehen. Da China dem „Geberclub“ OECD/DAC eher skeptisch gegenübersteht, werden hierzu andere Foren, etwa im Rahmen der UN, genutzt werden müssen. Die Ressourcensicherung als wesentliches Ziel chinesischer Außenwirtschaftspolitik wird damit nicht relativiert werden können. Möglicherweise können jedoch in Teilbereichen Regelungen angestrebt werden (z.B. Transparenz von Einnahmen aus Rohstoffexporten von Entwicklungsländern), welche entwicklungspolitisch hoch relevant sind.